

Bezahlbare Mieten in Deutschland

von Manfred Nink

Die Mieten steigen in vielen Städten Deutschlands. Vor allem in Ballungszentren und an Hochschulstandorten ist das ein Problem. Denn die Einkommen der Mieter halten nicht mehr mit. Die SPD will Mietensteigerungen deshalb per Gesetz dämpfen.

Niedrige Neubauzahlen, immer weniger günstige Wohnungen und eine gestiegene Nachfrage treiben die Wohnkosten in die Höhe. Statistischen Erhebungen des Deutschen Mieterbundes e.V. zufolge bringen Mieterinnen und Mieter heute im Durchschnitt über 35 Prozent ihrer Konsumausgaben für Miete und Energie auf. Bei Haushalten bis zu einem Monatseinkommen von 1300 Euro liegt der Durchschnittswert sogar bei 45 Prozent.

Im schlimmsten Fall sind Mieterinnen und Mieter aufgrund der steigenden Kosten gezwungen, ihre lange bewohnten Stadtteile zu verlassen. Der Begriff der „Gentrifizierung“ ist für viele schon kein Fremdwort mehr.

Die SPD-Bundestagsfraktion will dem entgegen treten und den schnellen Anstieg der Mietpreise dämpfen und begrenzen. Gute und energiesparende Wohnungen sollen



Gerade Neuvertragsmieten treiben die Mietpreise auf dem Wohnungsmarkt in die Höhe. Die SPD will die Mietsteigerungen begrenzen.

Foto: Margot Kessler / pixelio.de

nicht zum Luxusgut werden, sondern sollen für alle erschwinglich sein.

Entwicklung der Bestandsmieten bremsen

Eine zentrale Forderung ist deshalb, die Erhöhung von Bestandsmieten zu bremsen. Nach den Vorstellungen der SPD-Bundestagsfraktion dürfen Mieterhöhungen

nur noch alle vier Jahre und auch jeweils nur um maximal 15 Prozent vorgenommen werden.

Neuvertragsmieten begrenzen

Doch Bestandsmieten sind nur ein Teil des Problems. Vor allem in Ballungsräumen explodieren die Neuvertragsmieten. Diese können bisher frei und ohne jede Begrenzung vereinbart werden. Wir wollen deshalb eine gesetzliche Begrenzung von Neuvertragsmieten bei Wiedervermietung von Wohnraum auf maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete.

Modernisierungsumlage reduzieren

Sämtliche Modernisierungsmaßnahmen sollen in Zukunft nur noch mit 9 Prozent und nicht wie bisher mit 11 Prozent auf die Mieten umgelegt werden können. Auch das hilft, die Mietensteigerungen zu dämpfen.

Für bezahlbare und qualitativ gute Wohnung als grundlegender Bestandteil der Daseinsvorsorge steht und kämpft die SPD!

2 | Die Bundespolitik

Dobrodošli!*

SPD begrüßt den EU-Beitritt Kroatiens zum 1. Juli 2013



Hauptstadt Zagreb: Kroatien tritt am 1. Juli 2013 der Europäischen Union bei.

Foto: Dieter Schütz / pixelio.de

Kroatien tritt zum 1. Juli 2013 der Europäischen Union bei. Das ist ein weiterer wichtiger Schritt im europäischen Einigungsprozess. Die sechste Erweiterungsrunde ist damit abgeschlossen. Kroatien ist nach Slowenien die zweite ehemalige jugoslawische Teilrepublik, die der EU beitrifft. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist das ein positives Signal für die gesamte Region.

Die kroatische Regierung hat bewiesen, dass sie auch nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit ihren Reformanstrengungen nicht nachlassen wird.

Besonders bemerkenswert ist, wie aktiv die kroatische Zivilgesellschaft den gesamten Beitrittsprozess kritisch und aufmerksam begleitet hat und dabei eingebunden wurde. Im Gespräch ist jetzt sogar die Bildung einer Kommission bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von Parlament und Zivilgesellschaft. Ihre Aufgabe soll es sein, die Umsetzung von Reformen, die noch im Zusammenhang mit dem Beitritt zur Europäischen Union stehen, auf nationaler Ebene zu begleiten. Die

SPD-Bundestagsfraktion sieht darin auch ein mögliches Modell für zukünftige Beitrittskandidaten.

Eine Debatte über die volle und unverzügliche Arbeitnehmerfreizügigkeit ist aus Sicht von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch bei Kroatien zu führen. Die SPD fordert, die Übergangsregelungen von zwei Jahren, die eine Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit vorsehen, aufzuheben.

Aus Kroatien sind keine größeren Migrationsströme zu erwarten. Das erreichte Niveau der kroatischen Wirtschaft sowie die Entwicklungsperspektiven des Landes sind gerade auch aufgrund des EU-Beitritts positiv. Eine uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit würde deshalb zu keinen erheblichen Effekten auf dem deutschen Arbeitsmarkt führen.

Im Gegenteil dazu ist der bürokratische Aufwand für die Bundesagentur für Arbeit, der im Zusammenhang mit der Beantragung von Arbeitserlaubnissen bei eingeschränkter Arbeitnehmerfreizügigkeit entstehen würde, nicht zu

rechtfertigen. Das stünde in keinem Verhältnis zu den sehr überschaubaren Risiken – wenn man überhaupt von Risiken sprechen sollte.

Jedem muss auch klar sein: Die geltenden Übergangsregeln halten Menschen, die nach Deutschland kommen wollen, um hier zu arbeiten, nicht auf. Sie werden jedoch gezwungen, sich selbstständig zu machen, weil sie keine Erlaubnis zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit erhalten. Die Niederlassungsfreiheit macht das möglich. Beim Schritt in die Selbstständigkeit übersehen viele Arbeitssuchende jedoch die finanziellen Risiken und können auch die deutschen Gegebenheiten der Sozialversicherungssysteme – z. B. Krankenversicherung – nicht überblicken.

Gerechter und solidarischer ist es, im zusammenwachsenden Europa auf die Übergangsregelungen zu verzichten.

* Kroatisch <=> Deutsch

Dobrodošli! <=> Willkommen!

Von Gipfel zu Gipfel

Die Gipfelpolitik der schwarz-gelben Regierung Merkel auf einen Blick



45 ergebnislose Merkel-Gipfel sind genug.
Handeln statt Reden!



Angela Merkel und das Tempolimit

Die Forderung nach einem Tempolimit auf deutschen Autobahnen erhitzt in aller Regelmäßigkeit die Gemüter der Bundesbürger/innen. Die SPD hat diese Forderung nicht in ihr Regierungsprogramm geschrieben. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geht es viel grundsätzlicher darum, das Thema Verkehrssicherheit in den Mittelpunkt zu stellen. Was Schwarz-Gelb bei der aktuellen Kampagne vergessen hat: Als Umweltministerin wollte Angela Merkel 1995 ein Tempolimit – ähnlich wie die Grünen heute – aus Umweltschutzgründen als Teil einer sogenannten Sommersmogverordnung einführen.

Im Kabinett war Merkel als Umweltministerin mit ihrem Vorhaben auf Widerstand gestoßen. Eine Mehrheit konnte sie für ihre gewünschte Fassung der Verordnung nicht finden. Im Vermittlungsausschuss wurde angestrebt, immerhin einen Feldversuch mit Tempolimit zu machen. Doch auch daraus wurde nichts. Das traf und ärgerte Angela Merkel. So schrieb sie 2004 in ihrem Buch „Mein Weg“:

„Das hätte die SPD mitgetragen, aber die CSU regte sich darüber auf: Ich – als vermeintlich Linke – führte aus ihrer Sicht das Tempolimit durch die Hintertür ein. Nun tagte an diesem Tag zufällig das Kabinett am Nachmittag, also parallel zum Vermittlungsausschuss. Dort behauptete die CSU, ich würde gerade das Vaterland verraten.“

Aus: Angela Merkel, Mein Weg, Hamburg 2004

4 | Aus Partei und Fraktion

Alles Gute zum 150. Geburtstag!



Logo: SPD-Parteivorstand

EIN BESSERES LAND KOMMT NICHT VON ALLEIN.

Manfred Nink: Ich wünsche allen Genossinnen und Genossen einen tollen 150. Geburtstag mit einem Wahlerfolg am 22. September 2013!

Im Dreier-Pack

Liebe Freundinnen und Freunde!

Peer Steinbrück hat jetzt sechs seiner potenziellen Ministerinnen und Minister für sein Schattenkabinett vorgestellt. Jeweils im Dreier-Pack.

Ich finde die Taktik, das Schattenkabinett bzw. Kompetenzteam nach und nach vorzustellen, wirklich gelungen. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass im Vorfeld der vergangenen Bundestagswahlen auch die möglichen Ministerinnen und Minister so umfänglich durch die öffentliche Berichterstattung und Diskussion gewürdigt wurden. Peer Steinbrück hat meiner Meinung nach bisher ein sehr gutes Händchen bei der Auswahl seines Teams bewiesen.

Manuela Schwesig, Sozialministerin in Mecklenburg-Vorpommern, soll sich um Frauen, Familie, Inklusion und Demografie kümmern. Das war lange schon zu erwarten. Mit der Designprofessorin Gesche Joost für Netzpolitik und Internet hat Steinbrück hingegen

überrascht. Ex-Bundesjustizministerin Brigitte Zypries soll das Verbraucher-Ressort übernehmen, der erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann ist als Experte für Innen- und Rechtspolitik im Kompetenzteam.

Mit dem bayerischen SPD-Vorsitzenden und Bundestagsfraktionsvize Florian Pronold für die Themen Infrastruktur sowie Wohnen und den Chef der Industriegewerkschaft Bau Klaus Wiese für die Themenfelder Arbeit und Soziales hat Steinbrück zur Überraschung vieler Journalisten auch zwei Agenda-2010-Kritiker in sein Team berufen. Für mich ist das eine konsequente Ansage, dass die SPD sich mit ihrer Politik und gemachten Fehlern ernsthaft auseinandersetzt.

Zwei mal drei macht sechs. Es ist also noch ein wenig Platz im Team. Ich bin gespannt.

Herzlichst, Euer

Einige Termine seit dem letzten Spreebrief

29. April bis 5. Mai 2013

Sitzung des Kreditausschusses der Sparkasse Trier, Eröffnung des Weinfestes Römische Weinstraße in Schweich

6. bis 12. Mai 2013

Sitzung des Verwaltungsrates der Sparkasse Trier, Betriebsbesuch mit Diskussion beim Zweckverband Tierkörperbeseitigungsanlage (TBA) Rivenich

13. bis 19. Mai 2013

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Diskussionsrunde mit SPD-PraktikantInnen zu Themen der europäischen Wirtschaftspolitik, Besuch eines fachpolitischen Frühstücks zum Reformbedarf im EU-Kartellrecht, Diskussionen mit SchülerInnengruppen der Realschule Plus „Nelson Mandela“, des Max-Planck-Gymnasiums Trier und der Realschule Plus Trier-Ehrang, Berichterstattegespräch zu einer Petition aus dem Wahlkreis Trier

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:

Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de